

Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens



Niedersächsischer Städtetag * Prinzenstraße 17 * 30159 Hannover

Herrn Minister
Dr. Bernd Althusmann MdL
Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit,
Verkehr und Digitalisierung
Friedrichswall 11
30159 Hannover

Hannover, 10.12.2019

Ansprechpartner: Herr Schnieders

Durchwahl: 0511 / 36894-26

Aktenzeichen: 40.41:007

Per Email: bernd.althusmann@mw.niedersachsen.de

Landesweites Schülerticket und Schülerbeförderung

Sehr geehrter Herr Minister,

die Fraktionen von SPD und CDU haben sich in der Koalitionsvereinbarung für die 18. Wahlperiode des Niedersächsischen Landtages 2017-2020 dafür ausgesprochen, die Nutzung des Personennahverkehrs für Schülerinnen und Schüler und Auszubildende attraktiver zu gestalten. Hierfür soll gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen und den Trägern der Schülerbeförderung ein geeignetes Modell entwickelt werden. Angestrebt wird nach den Ausführungen in der Koalitionsvereinbarung die stufenweise Einführung der kostenfreien Schülerbeförderung im Sekundarbereich II (gymnasiale Oberstufe und berufsbildende Schulen) und eines „Niedersachsen-Schülertickets“ mit Eigenbetrag.

Des Weiteren wurde in einer Antwort der Landesregierung vom 18.03.2018 auf einen Entschließungsantrag im Landtag seitens des Niedersächsischen Kultusministeriums angekündigt, die durch den Besuch von Bezirks- oder Landesfachklassen entstehenden Fahrt- und ggf. Unterbringungskosten der Auszubildenden, die Bezirks- und Landesfachklassen besuchen, ab dem Schuljahr 2020/2021 angemessen erstatten zu wollen. Der Beschluss des Landtages vom 21.9.2017 und die Antwort der Landesregierung sind veröffentlicht als LT-Drs. 18/535 vom 20.3.2018.

In dem als **Anlage** beigefügten Schreiben vom 05.08.2019 haben wir uns im Rahmen einer schriftlichen Anhörung durch den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung des Niedersächsischen Landtages zu einem Entschließungsantrag von Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Freie Fahrt in Niedersachsen für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und FSJlerin und FSJler: Schülerticket und kostenlose Schülerbeförderung für Sek II jetzt!“ – LT-Drs. 18/2576 – positioniert. Darin haben wir uns im Ergebnis für ein auf die Zukunft auf das ÖPNV-System insgesamt ausgerichtetes Angebot für alle Jugendlichen ausgesprochen. Eine kostenfreie Schülerbeförderung würde auch Kostenerstattungsansprüche für die Nutzung des Individualverkehrs beinhalten müssen.

Hierdurch würde kein Beitrag zur Stärkung des ÖPNV geleistet, woran aber auch der ländliche Raum ein großes Interesse hat.

Mit Blick insbesondere auf die in der Koalitionsvereinbarung angekündigte Einführung eines „Niedersachsen-Schülertickets mit Eigenbetrag“ fordern wir die Landesregierung deshalb noch einmal auf, zeitnah einen konkreten Vorschlag vorzulegen. Hierzu sind umgehend Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden einzuleiten. In diese Verhandlungen könnten die Überlegungen des Niedersächsischen Kultusministeriums hinsichtlich einer Übernahme der Fahrt- und Unterbringungskosten für Auszubildende in Landes- und Bundesfachklassen einbezogen werden.

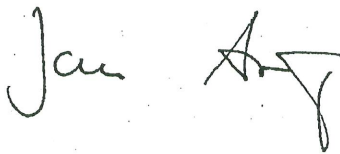
Ein Einstieg in ein niedersachsenweites Schülerticket könnte nach dem Vorbild eines Semestertickets für Studierende eine deutlich vergünstigte Nutzung der Nahverkehrsverbindungen im SPNV sein. Studentinnen und Studenten erwerben mit einem Teil ihres Semesterbeitrages eine kostenfreie Nutzung des ÖPNV an ihrem Standort und landesweit für den SPNV. Hierfür hätte das Land in eigener Zuständigkeit schnelle Möglichkeiten. An eine Vergünstigung für die Nutzung des SPNV können sich sowohl regionale Schülertickets als auch die Schülerbeförderung anschließen. Wir bedauern es außerordentlich, dass im Haushalt für 2020 hierfür keine finanzielle Vorsorge getroffen wurde. Auf jeden Fall erwarten wir im Sinne der Konnexität einen finanziellen Ausgleich ohne aufwändige Nachweispflichten für Kosten, die den kommunalen Aufgabenträgern durch die landesseitig angekündigten Maßnahmen entstehen.

Mit den Ankündigungen in der Koalitionsvereinbarung sind hohe Erwartungen bei Schülerinnen und Schülern, aber auch deren Eltern geweckt wurden, die nunmehr vor Ort an die Träger der Schülerbeförderung und ÖPNV-Aufgabenträger, aber beispielsweise auch durch die Gewerkschaften an das Land herangetragen werden. Da unsere bisherigen diesbezüglichen Forderungen an die Landesregierung in drei Landtagsanhörungen ohne Resonanz geblieben sind, wenden wir uns nunmehr unmittelbar an Sie in der Erwartung einer alsbaldigen Abstimmung der in der Koalitionsvereinbarung angekündigten Maßnahmen.

Ein Schreiben gleichen Inhalts haben wir auch an Herrn Minister Tonne übersandt.

Mit freundlichen Grüßen

Für die Arbeitsgemeinschaft



Dr. Jan Arning
Hauptgeschäftsführer

Durchschrift an: **NLT und NSGB**
geschaeftsstelle@nlt.de; nsqb@nsqb.de

nachdem alle Verbände zugestimmt haben, ist vorstehendes Schreiben heute versandt worden.

Hannover, den 11.12.2019

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrage

gez. Andrea Witte